

Vorsicht Sicherheit! Legitimationsprobleme der Ordnung von Freiheit

26. wissenschaftlicher Kongresses der DVPW

21. bis 25. September 2015, Universität Duisburg-Essen

Call for Papers

Der Arbeitskreis Parteienforschung plant im Rahmen des Duisburger DVPW-Kongresses mehrere Panels zu verschiedenen Aspekten der Parteienforschung. Die detaillierten Calls finden Sie nachfolgend. Wir freuen uns über Ihre Einreichungen!

Die Themen der Panels sind:

- Parteien unter Wettbewerbsdruck: Herausforderungen und Chancen für Koalitionen und Opposition (zugleich Jahrestagung AK Parteienforschung)
- Sicherheit und Freiheit als elektorales Randthema? Zum Stellenwert von Sicherheits- und Rechtspolitik für Parteien und Wähler
- Politische Kommunikation zwischen Freiheit und Sicherheit (gemeinsam mit AK Politik und Kommunikation)

Einreichungen bitte direkt an die jeweiligen Panel-Leitungen schicken (Frist: 15.03. bzw. 23.03.2015).

Wir freuen uns auf spannende Beiträge und Diskussionen in Duisburg!

Oskar Niedermayer (FU Berlin)

Oskar.Niedermayer@fu-berlin.de

Uwe Jun (Trier)

Jun@uni-trier.de

Sebastian Bukow (Düsseldorf)

Sebastian.Bukow@uni-duesseldorf.de

Call for Papers

Parteien unter Wettbewerbsdruck: Herausforderungen und Chancen für Koalitionen und Opposition

zugleich Jahrestagung AK Parteienforschung

Die etablierten Parteienfamilien in den Staaten der Europäischen Union (EU) stehen unter erheblichem Wettbewerbsdruck: Bürgerproteste versuchen ihre Legitimität zu untergraben, links- wie rechtspopulistische Parteien setzen sie unter Handlungszwang und erschweren die Regierungs- und Koalitionsbildung oder ersetzen sie sogar als klassische Regierungsparteien wie in Griechenland. Stehen die Parteiensysteme vor einem Umbruch? Wie reagieren Parteien auf Bürgerproteste, Unmut und einen veränderten Parteienwettbewerb? Welche Strategien und Handlungsspielräume haben Oppositionsparteien angesichts der von Exekutiven dominierten Krisenpolitik? Der Arbeitskreis möchte auf diese Fragen erste Antworten geben und bittet daher alle Interessierten zu folgenden Themenbereichen Vorschläge einzureichen.

Parteiorganisationsebene

- Manifesto/Policy Change: Folge eines verstärkten Wettbewerbs oder von Bürgerprotesten?
- Organisationale Reaktionen auf einen veränderten Wettbewerb
- Strategien und Mechanismen der Durchsetzung neuer Koalitionsformate (innerparteilich & in der Anhänger-/Wählerschaft)

Koalitions- und Parteienwettbewerbsebene

- Erhöhter Wettbewerbsdruck & fluide Parteiensysteme – Theorie & Empirie im Vergleich
- Angleichung oder Polarisierung: Parteiensysteme und -wettbewerb nach der Eurokrise
- Koalitionen der Mitte: welche neuen Koalitionsformen sind erkennbar
- Erfolge der (radikalen) Populisten: Ursachen und Entwicklungen
- Strategien und Erfolge der außer-/innerparlamentarischen Opposition
- Einflussmöglichkeiten von Oppositionsparteien im internationalen Vergleich
- Zwischen Präsidentialisierung, Europäisierung und Bürgerprotesten:
Welchen Spielraum haben nationale Regierungen (noch) und welche Folgen ergeben sich daraus für Regierungs- und Oppositionsparteien sowie den Parteienwettbewerb?
- Theorie des Parteienwettbewerbs: Zur Aktualität der Klassiker
- Empirie des Parteienwettbewerbs: neue Ansätze zur Theorieüberprüfung (bspw. Simulationen)

Der Call richtet sich sowohl an theoretisch-konzeptionelle wie auch empirische, insb. auch vergleichende, Beiträge zu diesen und damit verbundenen Aspekten. Bitte senden Sie Ihren Vorschlag (500 Wörter) bis zum **23.03.2015** an die Pannelleitung. Die ausgearbeiteten Papiere sollen in Duisburg diskutiert werden und sind daher bis zum 31. August 2015 einzureichen. Für Nachfragen stehen Ihnen die Pannelleitungsorganisatoren gerne zur Verfügung.

Pannelleitung

Oskar Niedermayer (FU Berlin)
Oskar.Niedermayer@fu-berlin.de

Uwe Jun (Trier)
Jun@uni-trier.de

Sebastian Bukow (Düsseldorf)
Sebastian.Bukow@uni-duesseldorf.de

Call for Papers

Sicherheit und Freiheit als elektorales Randthema? Zum Stellenwert von Sicherheits- und Rechtspolitik für Parteien und Wähler

Die innere Sicherheit steht regelmäßig auf der politisch-medialen Agenda. Dazu tragen nicht nur medial sehr präsente Anschläge bzw. Anschlagsserien in Folge eines religiös, politisch oder territorial begründeten Terrorismus bei, sondern auch bspw. Vorkommnisse der einfachen Gewalt- und Alltagskriminalität. Neben dieser faktischen bzw. wahrgenommenen Sicherheitsbedrohung trägt aber auch die mit der inneren Sicherheit verbundene Veränderung im Bereich Bürgerrechte/Rechtsstaatlichkeit dazu bei, dass gesetzgeberische Maßnahmen und Politiken in unterschiedlicher Intensität, oft jedoch sehr polarisiert in Politik, Medien und Gesellschaft diskutiert werden.

Allerdings stellt sich die Frage, welche Relevanz diese Debatten und das Politikfeld insgesamt jenseits der tagespolitischen Brisanz tatsächlich für Parteien und Wähler haben. Handelt es sich nur um ein Politikfeld neben anderen, oder begründet es tatsächlich (noch) eine gesellschaftliche Konfliktlinie? Dies gilt es im Panel zu hinterfragen. Denn einerseits sind die Gewährleistung von Sicherheit und Freiheit Kernaufgaben des (demokratischen) Staates, aber andererseits dominieren meist andere Politikfelder elektorale Kampagnen und Entscheidungen. Darüber hinaus ist festzustellen, dass nicht in jeder formalen Demokratie bürgerliche Freiheitsrechte in gleichem Maße gewährleistet sind und die Gewichtung von Sicherheit und Freiheit zwischen verschiedenen Demokratien stark divergiert.

Damit stellen sich verschiedene Fragen, die im Rahmen des Panels untersucht werden können, bspw.:

- Unter welchen Bedingungen gewinnen das Politikfeld innere Sicherheit bzw. einzelne diesem Feld zuzuordnende Aspekte an elektoraler Relevanz (programmatisch, im Wahlkampf, beim Wähler)?
- Welche Parteien profitieren/verlieren, wenn Sicherheit/Freiheit an elektoraler Bedeutung gewinnt?
- Wie stabil sind die Issue-Ownerships bei Freiheit bzw. Sicherheit, insb. unter den Bedingungen einer verstärkten terroristischen Bedrohung bzw. dem Erfolg (rechts-)populistischer Parteien?
- In welchem Zusammenhang stehen Veränderungen der materiellen Politik und der Relevanz des Themenfeldes für Parteien und Wähler?
- Sind Sicherheit und Freiheit Positions- oder Valenz-Issues, und welche Konsequenzen ergeben sich aus der Einordnung für die Politikfeld-/Programmanalyse?
- Welche Partei-/Koalitionsstrategien werden im Umgang mit Sicherheit & Freiheit erkennbar?
- Welche Aspekte beeinflussen die parteiliche Positionierung im Politikfeld innere Sicherheit? Welche Rolle spielen nationale, gesellschaftliche oder aber parteifamiliäre Prägungen?

Der Call richtet sich sowohl an theoretisch-konzeptionelle wie auch empirische Beiträge zu diesen und damit verbundenen Aspekten. Bitte senden Sie Ihren Vorschlag (500 Wörter) bis zum **15.03.2015** an die Panelleitung. Die ausgearbeiteten Papiere sollen in Duisburg diskutiert werden und sind daher bis zum 31. August 2015 einzureichen. Für Nachfragen stehen Ihnen die Panel-Organisatoren gerne zur Verfügung.

Panelleitung

Sebastian Bukow (Düsseldorf)

Sebastian.Bukow@uni-duesseldorf.de

Kristina Weissenbach (Duisburg)

Kristina.Weissenbach@uni-due.de

Call for Papers

Politische Kommunikation zwischen Freiheit und Sicherheit

Gemeinsames Panel der Arbeitskreise „Parteienforschung“ und „Politik und Kommunikation“

Die Herstellung und Wahrung von Sicherheit ist eine Kernaufgabe des Staates in europäischen und anderen entwickelten Demokratien. Veränderte Bedrohungen, insbesondere durch den so genannten „neuen Terrorismus“, erfordern vom Staat eine stärkere Kriminalitätsprävention, um so seinem Sicherheitsversprechen nachzukommen. Damit verändert sich jedoch die Staatlichkeit, liberale Rechtsstaaten entwickeln sich, so KritikerInnen, zu präventions- und überwachungsorientierten Staaten mit Elementen eines Feindstrafrechts (bspw. Folterdebatte). Dazu kommen eine technologische Entwicklung (bspw. Überwachungstechniken, Online-Kommunikation) und eine zunehmende inter- wie transnationale Kooperation der Nachrichten- und Sicherheitsdienste (bspw. Datenaustausch, gemeinsame Terror- und Fahndungslisten). So trifft die Ausweitung der staatlichen sicherheitspolitischen Maßnahmen auf das Gefühl eines diffusen Kontrollverlustes und einer Gefährdung liberaler Grundrechte bei Teilen der Bevölkerung und politischen AkteurInnen. Dies führt dazu, dass im Bereich der Inneren bzw. Öffentlichen Sicherheit regelmäßig stark polarisierend und normativ aufgeladen über bestehende und neue Maßnahmen und Entscheidungen debattiert wird.

Für die Politikentwicklung und -durchsetzung in diesem Feld spielen sowohl politische Inhalte und Positionen als auch kommunikative Aspekte eine maßgebliche Rolle. Die NSA-Affäre, ACTA und Merkel-Gate sind nur einige wenige Beispiele für bemerkenswerte veränderte kommunikative Prozesse. Mit Blick auf die politische Kommunikation ist u.a. spannend, wie bspw. durch Parteien, Regierungen, Sicherheitsbehörden und zivilgesellschaftliche Organisationen versucht wird, über Begriffssetzungen Deutungsschemata zu etablieren und so im Sinne eines Agenda-Building und Framing die Akzeptanz oder Ablehnung einzelner eventuell auch freiheitseinschränkender Maßnahmen und deren Instrumenten zu erhöhen.

In der Medienberichterstattung entscheiden neben entsprechenden Nachrichtenwerten (Aktualität, Nähe, Emotionalität) auch die jeweilige Perzeption der BürgerInnen über entsprechendes Empörung- oder Skandalisierungspotenzial. Aus diesem Grund spielen kommunikative Deutungen und Interpretationen (etwa Framing oder Priming, insb. durch die Medien) dabei eine wesentliche Rolle. Dies gilt auch für das Sicherheitsempfinden der rezipierenden Bevölkerung sowie die daraus resultierende Akzeptanz staatlichen Handelns in diesem Politikfeld. Aus der Literatur ist bekannt, dass objektive Bedrohungslage und subjektives (Un-)Sicherheitsempfinden nicht deckungsgleich sein müssen. Der medial-kommunikativen Darstellung von Sicherheit kommt also eine zentrale Bedeutung für die Möglichkeiten der Politikfeldgestaltung zu; politische Kommunikation in diesem Politikfeld gerät so als Kernelement und Translationsstelle in einer Politikfeldanalyse in den Blick der Forschung.

Vorsicht Sicherheit! Legitimationsprobleme der Ordnung von Freiheit

26. wissenschaftlicher Kongresses der DVPW, 21. bis 25. September 2015, Universität Duisburg-Essen

Beiträge in diesem Panel können auf verschiedene Facetten der politischen Kommunikation im Spannungsfeld von Freiheit und Sicherheit abzielen und bspw. folgende Bereiche, Fragestellungen und Themen bearbeiten:

- Medien- und Netzpolitik zwischen Ausbau und Einhegung von Nutzerrechten („Zensursula“, ACTA)
- Deutungsmacht und Legitimation: Zur Bedeutung von Begrifflichkeiten im politischen Diskurs um innere Sicherheit
- Das Verhältnis von Kommunikation und materieller Politik im Bereich „Freiheit und Sicherheit“ bei Parteien sowie Regierung und Sicherheitsakteuren (wie Verfassungsschutz, Polizei, Sicherheitsunternehmen)
- Kommunikation und Mitgestaltung im Politikfeld Innere Sicherheit (Parteien, Regierung, Sicherheitsakteure, Medien und andere zivilgesellschaftliche Akteure)
- Medial-fiktive Gewaltdarstellung im Antiterrorkampf und reale Politikentwicklung (z.B. Serien wie „Homeland“)
- Berichterstattung über Sicherheitsthemen und sicherheitsbedrohende Phänomene (u.a. Salafismus, Islamisierung, Rechtsextremismus, Hooligans, Alltags- und Bandenkriminalität)
- Zusammenhang zwischen medialer Berichterstattung, Medienkonsum und Akzeptanz politischer Maßnahmen (bspw. Sicherheitsmaßnahmen zur Senkung des Bedrohungsempfindens wie Videoüberwachung öffentlicher Räume, Zivilstreifen, Verstärkung der Polizeiarbeit, Ausdifferenzierung von Polizeieinheiten)
- Technische und elektronische Kommunikationswege, -innovationen, neue Überwachungstechniken und deren Folgen für die politische (Online-)Kommunikation/-Partizipation.

Der Call richtet sich sowohl an theoretisch-konzeptionelle wie auch empirische (insb. auch international vergleichende) Beiträge zu diesen und anderen Aspekten. Bitte senden Sie Ihren Vortragsvorschlag (500 Wörter) bis zum **15.03.2015** an die Pannelleitung. Im Rahmen der Tagung in Duisburg sollen dann die Artikel präsentiert, von Discussants kommentiert und besprochen werden. Erste Entwürfe der Papers sind bis zum 31. August 2015 einzureichen.

Pannelleitung

Isabelle Borucki (Trier)

Isabelle.Borucki@uni-trier.de

Sebastian Bukow (Düsseldorf)

Sebastian.Bukow@uni-duesseldorf.de

Stefan Marschall (Düsseldorf)

Stefan.Marschall@uni-duesseldorf.de

Jens Tenscher (Hamburg)

Jens.Tenscher@wiso.uni-hamburg.de